

Die Mitwirkungspflicht bei ausländerrechtlichen Identitätsfeststellungen

Beyza Nur Yesilyurt Dur

Die Mitwirkungspflicht bei ausländerrechtlichen Identitätsfeststellungen

***Zur Vereinbarkeit von § 15a I AsylG i.V.m. § 15 II Nr. 6 AsylG
mit rechtsstaatlichen Anforderungen***

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Zzgl: Dissertation der Rechtswissenschaftlichen
Fakultät der Universität Münster

Erster Gutachter: Prof. Dr. Gernot Sydow

Zweite Gutachterin: Prof. Dr. Nora Markard

Tag der mündlichen Prüfung: 24.06.2025

Dekan: Prof. Dr. Peter Oestmann

ISBN 978-3-96138-462-4

© 2026 Wissenschaftlicher Verlag Berlin

Olaf Gaudig & Peter Veit GbR

www.wvberlin.de / www.wvberlin.com

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, auch einzelner Teile, ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt
insbesondere für fotomechanische Vervielfältigung
sowie Übernahme und Verarbeitung in EDV-Systemen.

Druck und Bindung: SDL – Digitaler Buchdruck, Berlin

Printed in Germany

€ 54,00

für Yusuf Aras und Ayla Zeynep

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde Mitte des Jahres 2025 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster als Dissertation angenommen.

An erster Stelle gebührt mein herzlicher Dank meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Gernot Sydow, für seine hervorragende Betreuung während des gesamten Entstehungsprozesses meiner Dissertation. Die Zeit, in der ich als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Europäisches Verwaltungsrecht bei ihm gearbeitet habe, hat mich nicht nur fachlich und menschlich geprägt, sondern mir meinen Start in Deutschland auch mehr als erleichtert. Ohne sein stets offenes Ohr, seine unermüdliche Unterstützung und sein Vertrauen wäre die Erstellung dieser Dissertation nicht möglich gewesen.

Für die zügige und sorgfältige Erstellung des zweiten Gutachtens sowie für konstruktive Anmerkungen danke ich ganz herzlich Frau Prof. Dr. Nora Markard, MA. Ich empfinde große Dankbarkeit dafür, von einer inspirierenden Professorin wertvolle Anregungen bekommen zu haben.

Mein besonderer Dank gilt – auch stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lehrstuhls Europäisches Verwaltungsrechts – Dr. Nicholas Otto, Dr. Alban Spielkamp, Dr. Johanna Werpers. Ihre aufmunternden Worte und Diskussionsbereitschaft haben einen unverzichtbaren Beitrag zum Gelingen dieser Arbeit geleistet. Dankbar bin ich auch meiner Kollegin Gesa Kießling, die mir zu einer guten Freundin geworden ist, für Ihre wertvolle Unterstützung in der Endphase meiner Arbeit. Ferner spreche ich meinen Dank den vielen wichtigen Menschen aus, die sich als geduldige Zuhörer*innen und fleißige Korrekturleser*innen erwiesen haben. Dr. Hein Krumm und Silvia Marx haben zahlreiche Stunden beim Korrekturlesen verbracht, um meine Gedankenreise zu entschlüsseln. Marissa Hießtermann, Furkan Tuğutlu, LL.M., Fatma Tuğutlu, LL.M und Bärbel Krumm standen auf meinem Weg zur Dissertation unermüdlich an meiner Seite. Für ihren moralischen Beistand bin ich zutiefst dankbar.

Ein ganz besonderer Dank gebührt schließlich Enis Dur, LL.M. Ohne dich wäre so vieles nicht möglich gewesen; du hast mich durch die Höhen und Tiefen dieser

Promotion begleitet. Dass du mir stets das Gefühl gegeben hast, bei mir zu stehen – unabhängig von allen Herausforderungen, die diese Arbeit mit sich brachte – bedeutet mir unendlich viel. Deine beständige Unterstützung und dein Vertrauen haben mir die Kraft gegeben, diese Dissertation zu vollenden.

Zuletzt gilt mein ganz aufrichtiger Dank meinen Eltern, Hikmet und Cemal Yesilyurt, die mich geduldig gefördert und mir in schwierigsten Situationen Halt gegeben und unendlich Vertrauen geschenkt haben. Mein Dank gilt auch meiner Schwester Büsra, die mich in allen Belangen unterstützt hat, sowie meiner Tante Nimet, die immer an mich geglaubt und mich während der Anfertigung dieser Arbeit mit ihrer Liebe und Motivation begleitet hat.

Meinen beiden lieben Kindern widme ich diese Arbeit von Herzen. Mein lieber Yusuf Aras, du hast schon im Bauch das Wort promovieren kennengelernt und konntest den Nachbarskindern bald erklären, was das Wort bedeutet. Du hast geduldig in der Kita auf mich gewartet, damit ich die Doktorarbeit zu Ende schreiben konnte. Ich bin unendlich dankbar für deine Mitarbeit. Liebe kleine Ayla, danke dass du mich bei der Endphase der Doktorarbeit in meinem Bauch begleitet hast und mich unglaublich motiviert hast, die Arbeit schnell zu Ende zu bringen und auch dafür, dass du für die Geburt auf die Abgabe der Arbeit gewartet hast.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIV
A. Einleitung	1
B. Entstehung, Anwendung und rechtstatsächliche Aspekte des § 15 II Nr. 6, § 15a AsylG.....	19
I. § 15 II Nr. 6, § 15a, § 15 IV 1 AsylG und daraus resultierende Befugnisse des BAMF	19
1. Dynamiken und Entstehungsgründe des Gesetzes.....	23
2. Vollzug des Gesetzes	27
a) Allgemeines.....	27
b) Auslesen	29
c) Auswerten	30
d) Der Ergebnisbericht	31
e) Löschung	32
f) Die Aussagekraft von internen Schulunterlagen und Dienstanweisungen des BAMF.....	33
II. Anwendung der Algorithmen in den Verwaltungsbehörden bzw. des BAMF.....	36
1. Generelle Fragen der Anwendung von Algorithmen durch Verwaltungsbehörden	36
2. Anwendung von Algorithmen im Rahmen von §§ 15, 15a AsylG und durch das BAMF	41
3. Zwischenergebnis.....	45
C. Rechtssoziologische Aspekte von §§ 15 II Nr.6 und § 15a AsylG – Einflüsse der Normen auf Integration.....	46
I. Ziel des Zuwanderungsgesetzes: Integration	47

II. Der Begriff Integration und seine Bedeutung	53
III. Aufgabe des Rechts: Gewährleistung von Integration / Steuerungsfunktion des Rechts	57
1. Bereitstellung der Bedingungen für Integration gegebenenfalls Kooperation.....	60
2. Aufbau von Vertrauen.....	66
a) Abbau von rechtlichen Diskriminierungen.....	73
b) Verhinderung der Entstehung von Vorurteilen.....	75
c) Gewährleistung der Akzeptanz des Gesetzes	88
IV. Zwischenergebnis.....	90
D. Verfassungsrechtliche Probleme.....	94
I. Aktuelle Rechtsgrundlage in Bezug auf die Auslegung bzw. Anwendung der Maßnahme nach §§ 15 II Nr. 6, 15a AsylG	98
II. Ausprägungen vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht - Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG - Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	100
1. Sachlicher Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	101
2. Sachlicher Schutzbereich des Grundrechts auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	105
a) Inhalt des Schutzbereichs.....	105
b) Heimlicher Zugriff durch §§15, 15a AsylG als Voraussetzung der Eröffnung des Schutzbereichs.....	109
c) Eröffnung des Schutzbereichs durch die Maßnahme bzw. dessen Umsetzung.....	111
3. Persönlicher Schutzbereich des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts i.V.m. Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I	112

4. Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informations-technischer Systeme Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG.....	113
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	117
a) Einschränkung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und des Grundrechts auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	118
b) Verfassungsrechtliche Anforderungen an einschränkende Gesetze	119
aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit des einschränkenden Gesetzes	121
bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit des einschränkenden Gesetzes (Schranken-Schranken), v.a. Verhältnismäßigkeit des Gesetzes	122
(1) Das Bestimmtheitsgebot	122
(2) Verhältnismäßigkeit.....	126
(a) Zweck der Maßnahme nach §§ 15 II Nr. 6, 15a AsylG zur Identitätsfeststellung.....	127
(b) Geeignetheit der Maßnahme in §§ 15 II Nr. 6, 15a AsylG zur Identitätsfeststellung.....	129
(c) Erforderlichkeit der Maßnahme nach §§ 15 II Nr. 6, 15a AsylG zur Identitätsfeststellung.....	132
(d) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne der Maßnahme nach §§ 15 II Nr. 6, 15a AsylG zur Identitätsfeststellung.....	134
6. Zwischenergebnis in Hinblick auf Verletzung der Art. 2 I GG i.V.m. Art. 1 I GG	147
III. Verletzung von Art. 3 GG.....	150
1. Aktuelle Ermächtigungsgrundlagen für den Schutz in Deutschland und die Problemstellung.....	151
2. Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem	155

3. Ist ein spezielles Gleichheitsgebot einschlägig?	163
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Ungleichbehandlung in Anbetracht der §§ 15 II 6, 15a AsylG.....	168
a) Festlegung des Prüfungsmaßstabs	169
b) Legitimer Zweck	172
aa) Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Verfahrensbündelung und -beschleunigung	173
bb) Verhinderung der missbräuchlichen Asylantragstellung	175
cc) Politische Entscheidung	176
c) Verhältnismäßigkeit der Ungleichbehandlung i.V.m der Maßnahme nach §§ 15 II S. 6, 15a AsylG.....	178
aa) Geeignetheit der Ungleichbehandlung.....	180
bb) Erforderlichkeit der Ungleichbehandlung.....	181
cc) Angemessenheit bzw. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne...	182
dd) Zwischenergebnis.....	186
5. Zwischenergebnis.....	188
 E. Datenschutzrechtliche Probleme in Bezug auf Datenträgerauswertungen nach §§ 15 II Nr. 6, 15a AsylG	190
I. Datensparsamkeit-Datenminimierung-Übermaßverbot.....	192
II. Richtigkeit	197
III. Einwilligung-Freiwilligkeit.....	200
IV. Transparenz	208
V. Grundsatz der Zweckbindung	210
VI. Zwischenergebnis.....	217
 F. Fazit.....	223
 Literaturverzeichnis.....	232